

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörungen, erfolgt jeder Anspruch auf Verrückung beim Nachzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 8 Goldpfennig für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschli. Umsatzsteuer. Schwärzterger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher redigiert.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Gebäude.

Nr. 52.

Sonnabend, den 30. April 1932.

35. Jahrg.

Wirtschaftswirrwarr

Bor grundlegenden Änderungen der Sozialversicherung.

Neue Wege in der Vohnpolitik — Volle Selbstverwaltung in der Sozialpolitik.
Über die zukünftige Vohnpolitik der Reichsregierung, die geplante Änderung der Sozialversicherung und die Organisation der Wirtschaft äußerte sich Reichsarbeitsminister Siegelwald in einer längeren Rede in Erfurt, in der er u. a. ausführte:
Wir stehen gegenwärtig vor einem ungeheuren Welt-durcheinander. Auch in Deutschland herrscht auf dem Gebiete der Wirtschaft, und Sozialpolitik noch eine große Verwirrung. Wir leben in einem Zeitalter des italienischen Faschismus, des russischen Kommunismus und der internationalen Kongress-, Kartell- und Trustwirtschaft. Daneben muß das Reich

Erhaltungspolitik über Erhaltungspolitik gegenüber Banken, Genossenschaften, Großschiffahrt, öffentlicher Vahndienstleistungen usw. betreiben. Von Arbeit-geberseite wird der Reichsarbeitsminister immer härter bedrängt, im Hinblick auf die sechs Millionen Arbeitslosen den staatlichen Vohnschub durch

Aufhebung der Verordnungen über die Verbindlichkeitsversicherung

von Erbschaftsprüfung zu befreien. Dieses Verlangen läuft darauf hinaus, daß in einem weltwirtschaftlichen Erfruchtungsstadium ohnehin durch den Staat alles mit Ausnahme der menschlichen Arbeitskraft gesteuert und geführt werden soll. Solange ich Arbeitsminister bin, lehne ich das nachdrücklich ab. Die Handhabung der Vohnpolitik ist gegenwärtig eine der schwierigsten Staatsaufgaben. Die Arbeit-geber sehen in ihr eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis in Deutschland. In Arbeitnehmerteilen sieht man in dem Staat weitgehend die Vohnmittelmaschine. Meines Erachtens sind beide Annahmen falsch. Die staatliche Vohnpolitik hat während der größten Krisis eines Nationalstaats die Aufgabe, zu verhindern, daß bei der ungleichen Verteilung der Lohn der breiten Arbeit-nemerschichten nicht ins Uferlose sinkt. Sie hat weiterhin die Aufgabe, die Parteien möglichst weitgehend zu freiwilligen Vereinbarungen zu bringen, das beiderseitige Verantwortungsgefühl zu stärken und dafür zu sorgen, daß der wirtschaftlichen Vernunft nicht der Weg verlegt wird.

Arbeitsbeschaffungspläne.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Konferenz der Vertreter der Reichsministerien und der zukünftigen Ministerien der Länder statt, in der die verschiedenen Pläne des Reichsarbeitsministers zur Arbeitsbeschaffung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes besprochen wurden. An erster Stelle steht der Plan, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Neben den Besprechungen der Behördenvertreter laufen auch Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen.

„Zur Aufklärung der Bevölkerung“.

Eine außerplanmäßige Reichsausgabe von 1/2 Million.
Im Haushaltsausschuß des Reichstages fand eine längere Aussprache über bestimmte Titel bei dem Haushalts- des Reichsministeriums für das Jahr 1930, die den Vahndienstleistungen und Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung betreffen, statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 496.000 Mark, die nach den Mitteilungen des Reichsinnenministeriums zur Aufklärung der Bevölkerung über die Aufgaben und Ziele der Reichsregierung“ veranschlagt worden sind. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Rechnungsunterschied des Haushaltsausschusses eine

Eingelauffaltung gewinnhaft habe.

Die gesetzliche Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung und die Invalidenversicherung, befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Für das Jahr 1932 fehlen den Versicherungsanstalten und Versicherungsvereinen noch viele Hunderte von Millionen Mark. Mit Beitragserhöhungen und Steuererhöhungen ist dem Fehlbetrag nicht wesentlich beizukommen. Damit würde nur neue Arbeitslosigkeit geschaffen. In den nächsten Wochen muß eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung gefunden werden, mit der wir über das Jahr 1932 hinwegkommen. Auch die Invalidenversicherung muß ins Gleichgewicht gebracht werden. Auf längere Sicht gesehen, werden sich

grundlegende Änderungen der gesetzlichen Sozialversicherung

nicht vermeiden lassen. Heute steht die Sache so, daß mehr als die Hälfte sämtlicher Wähler unmittelbarer Forderungen an den Staat stellen (Invaliden, Pensionäre, Kriegsbekindete, Arbeitslose, Beamten- und Unfallrentner, Arbeitslosenversicherungsbekindete usw.). Meines Erachtens können wir nicht darum beruhen, die Sozialversicherung in steigendem Maße den Versicherten zu überantworten.

Die Arbeitgeber hätten einen durch Gesetz festzusetzenden Beitrag zu entrichten, wofür sie in bestimmten Fällen mitzuschließen hätten, während für den Rest des Beitrags die Versicherten selbst aufzukommen hätten, wie ihnen auch die Durchführung der Sozialversicherung bei entsprechender Staatsaufsicht einzuräumen wäre.

Auch das gegenwärtige

Organisationswesen in unserer Wirtschaft erweist sich immer mehr als eine Unzulänglichkeit. Heute treten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Gewerben und Wirtschaftszweigen meist nur um den Lohn auseinander. Dabei ist die Vohnpolitik doch nur ein kleiner Ausschnitt aus den Gesamtvorgängen in der Welt- und Volkswirtschaft. Daß sich die Arbeitgeber heute noch gegen eine zweimäßige paritätische

Ausgestaltung der gesetzlichen Kammern

(Handwerks-, Handels- und Vahndienstleistungs-kammern) wehren, kommt mir fremdlich und etwas atemberaubend vor. Auch auf dem Gebiete der Vahnpolitik, des Erbschaftssteuerwesens, der Zinspolitik stehen wir noch vor großen Aufgaben, wie auch aus der gründlich veränderten Bevölkerungspyramide (früher starke Jugend- und schwache Altersjahrgänge, heute fast umgekehrt) ein große Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten erwachsen.

Sie sei aber wie in früheren Jahren abgelehnt worden. Die deutschen Abgeordneten Gotheiner und Dittich verlangten, daß dem Reichstag volle Klarheit gegeben werde. Die unzulängliche Unterweisung des Interateschusses durch die Reichsregierung sei nicht statthaft. Es bestehe haushaltsrechtlich auch die Möglichkeit, die Beamten, die diese Gelder verausgaben hätten, persönlich haftpflichtig zu machen, wenn sie vom Reichstag nachträglich nicht bewilligt würden.

Der Regierungsvertreter verlas darauf folgende

Erklärung des Reichsinnenministers:

„Die außerplanmäßige durch Beschluß der Reichsregierung ausgeworfenen 496.000 Mark sind nach den Erklärungen meines Amtsvorgängers (d. h. Dr. Brügel — Red.) lediglich für den angegebenen Zweck ordnungsmäßig verwendet worden. Nähere Angaben darüber, für welche einzelnen Zwecke die Verwendung erfolgte, ergeben sich aus den Akten nicht. Angaben darüber mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung auch nicht gemacht werden können, ohne Reichsinteressen zu gefährden. Zu Auskünften, die dieser Zweckbestimmung zuwiderlaufen, können sie den Zweck verstoßen, erachtet sich die Reichsregierung nicht für verpflichtet.“

Es wurde alsdann ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach der Ausschuß auf Grund der Reichshaushaltsordnung die für Ausgaben der Reichsregierung die erforderliche Genehmigung verlangen soll.

Sauertrautrezeppte mit Reichssubvention.

Wo bleibt die Spariankeit?

Der Reichstagshaushaltsausschuß setzte seine Aussprache über den Bericht des Rechnungsunterschiedes über die Reichshaushaltsrechnung 1930 fort. Bei dem Haushalt des Reichsministeriums in der Reichsregierung wies der Berichterstatter darauf hin, daß mit den Fonds des Ministeriums im allgemeinen sparsamer als früher gewirtschaftet werde, daß aber manche auf sich ungenügende Ausgaben unterführt worden seien. Auch könne man sich des Eindrus nicht erwehren, daß aus den Fonds Gelder gegeben worden seien, deren Empfänger und deren Verwendung man nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geprüft habe.

In der Aussprache dazu veranlaßte u. a. Abg. Köhler (Ztr.) eine Vergebung von Fondsmitgliedern nur für größere und reichswichtige Zwecke und eine schärfere Kontrolle ihrer Verwendung. Es sei z. B. verständlich, daß Reichsgelder gegeben worden seien zur Herausgabe eines Buches über Sauertrautrezeppte, für sportliche Veranstaltung der Vahnerkreise und ähnliche „bedeutende“ Zwecke. Auch Parlamentarier sollten bei der Verreitung von Wählern auf Reichsbeiträgen zurückhaltender sein.

Bei der Erörterung der sozialen Maßnahmen, die das Reichsarbeitsministerium in seinem Haushaltsplan für 1930 ergriffen hat, verurteilte der Ausschuß, ein flares Bild darüber zu erhalten, wie viele Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaften und den ihnen angehörenden Organisationen und Anstalten der freien Wohlfahrtsverbände aus Reichsmitteln jährlich zuzuführen. Die Übersicht des Unterateschusses lasse, so wurde dabei ausgeführt, keinesfalls den wirklichen Umfang der Leistungen des Reiches für diese Stellen erkennen. Es habe sich sehr oft gezeigt, daß die Ausschüttungen in der Vergangenheit durch die Leistungen der Unterateschüsse erfahren hätten, daß sich die Gesellschaft nicht um die Beschaffung der Vahndienstleistungen gekümmert habe. Der Ausschuß kam nach eingehender Erörterung der Veranlagung bei der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsgesellschaften Deutschlands, erließ, zu der Auffassung, daß der Rechnungsausweis des Reiches wegen der außerordentlichen Höhe der Veranlagungs- und Gehaltsausgaben eingreifen müsse. Es wurde beantragt, daß die verantwortlichen Reichs- und Länderstellen dieser Kreditgemeinschaft einen so erfaßten selbständigen Verbrauch öffentlicher Mittel gestattet hätten.

Am die Regierungsbildung in Preußen.

Bezüglich der Verhandlungen um die Regierungsbildung in Preußen wird von allen Beteiligten größte Zurückhaltung geübt. Die Dinge werden erst wieder in der Öffentlichkeit in Fluß kommen, wenn der Reichstag am 1. Mai die Verhandlungen der Parteien festgelegt werden, die das Zentrum bei den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten einhalten wird. Von nationalsozialistischer Seite liegt eine Äußerung vor, die nicht uninteressant ist. Reichstagsabgeordneter Sprenger hat in einer Beamtenversammlung in Hannover Äußerungen über die Regierungsverhandlungen gemacht. Er sagt: Es komme in nächster Zeit darauf an, die Geschäftsordnung des Preussischen Landtages bezüglich der Wahl des Ministerpräsidenten zu ändern, oder aber wieder zu wählen zu erzwängen. Herr Sprenger erklärt sich von diesen Vorschlägen einen vollen Zehner der Nationalsozialisten. Nach Herrn Sprengers Äußerungen wäre also damit zu rechnen, daß die Nationalsozialisten zunächst einmal die Änderung der Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten verhindern wollen, um auf diesem Wege den Posten des Ministerpräsidenten zu erhalten.

Bei diesem Versuch wird die Haltung der Kommunisten in Preußen von ausschlaggebender Bedeutung werden. Die kommunistischen Parteiführer haben in einer langen Sitzung darüber beraten, wie sie sich bei dem Kampf um die Regierung in Preußen verhalten wollen. Ob und was sie beschlossen haben, verraten sie natürlich nicht. Immerhin ist bemerkenswert, daß in kommunistischen Kreisen von gewissen Bedingungen gesprochen wird, die man stellen sollte. Wenn, wird nicht gesagt, daß man sich nicht so ausgeben werden, daß die Kommunisten doch bereit sind, unter gewissen Bedingungen

gen der jetzigen Regierung in Preußen Unterstützung zu gewähren. Mit Hilfe der kommunistischen Stimmen hätte die Regierung Braun-Gering eine geringe Mehrheit im Landtag. Wenn die Nationalsozialisten den Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung im Preußischen Landtag stellen, werden die Kommunisten Farbe bekennen müssen. Auch die Sozialdemokraten geben über ihre Absicht allerbaldigst sehr vorläufige und vielversprechende Aufnahmen. Der Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, der Abgeordnete Dr. Breitscheid, wurde von einem Verleumdungsartikel gefragt, ob seine Partei aus dem Ausgang der Preußischen Wahlen irgendwelche Folgerungen für die Reichspolitik ziehe. Dr. Breitscheid antwortete, seine Partei wolle zunächst einmal abwarten, ob das Zentrum mit den Nationalsozialisten in Preußen wirklich zusammengeht. Vorher befände für die Reichspolitik kein Anlaß, ihre bisherige Haltung in der Reichspolitik zu ändern.

Regierungskoalition der Nationalsozialisten und Bürgerlichen in Anhalt.

Von den anhaltischen Reichsparteien wurde folgende Mitteilung auszugehen: „Die zu einer Erörterung zusammengetretenen Vertreter der NSDAP und der bürgerlichen Fraktionen des neu gewählten Landtages beschloßen in grundsätzlicher Einigkeit über die seitens der Nationalsozialisten vorgeschlagenen Grundzüge, sich zu einer Regierungskoalition zusammenzuschließen. Ziel dieser gemeinsam zu bildenden nationalen Regierung ist nach allgemeinem Willen der anwesenden Vertreter die Befestigung der durch in a r t i k l e 1 3 4 d e W i r t s c h a f t entstandenen Volksfäden an materiellem und ideellem Gut der anhaltischen Volksgenossen durch eine nationale, soziale und christliche Sozialarbeit.“

Amnestie?

Zur zweiten Amtsperiode Hindenburgs. Wie von uns unterrichtet Seite verläutet, ist der Reichspräsident damit beauftragt worden, anlässlich der Übernahme der zweiten Amtsperiode des Reichspräsidenten die Möglichkeit einer Amnestie zu überprüfen. Ob sich eine solche Möglichkeit im Sinne eines Reichsgesetzes finden wird, ist allerdings zweifelhaft, es sei denn, daß sich im Reichstag hierfür eine Mehrheit finden wird. Andernfalls ist damit zu rechnen, daß den Länderregierungen empfohlen wird, von sich aus Einzelbegnadigungen vorzunehmen.

Gegenüber den Nachrichten, daß Feierlichkeiten anlässlich der Übernahme der zweiten Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg geplant seien, verläutet, daß es im Sinne des Reichspräsidenten liegt, diesen Tag ohne besondere Hervorhebung vorübergehen zu lassen, zumal es sich um eine Wiederwahl und nicht um eine Neuwahl gehandelt hat.

Sittler sieht das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl an.

München. Im Auftrag Sittlers ist beim Reichswahlprüfungsamt Untersuchungen gegen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl erhoben worden. Die Frage wird begründet mit der „missbräudlichen Anwendung des Rundfunks im Dienste des Wahlbestimmungsstandortes von Hindenburg“ sowie mit einer Fülle von Verstoßen gegen polizeiliche und sonstige behördliche Maßnahmen.

Das vielumstrittene Panzerschiff.

Deutschland verleiht sein Verteidigungsschiff in Genf. Im Flottenrat der Abrüstungskonferenz gab Staatssekretär S. v. Aheinbaben eine grundsätzliche Erklärung über die bisherige Flottenpolitik Deutschlands ab, in der er mit großer Entschiedenheit den insbesondere auf französischer Seite gegen das Panzerschiff „Deutschland“ erhobenen Vorwürfen entgegentrat und den reinen Verteidigungscharakter des Schiffes hervorhob. Er wies darauf hin, daß in der bisherigen Erklärung, besonders auch von Tardieu, auf das neue deutsche Kriegsschiff, den sogenannten T a s c h e n r e u e r, angepielt worden sei. Es sei der Vorwurf erhoben worden, daß gerade dieses Schiff wie kein anderes die Eigenschaften einer Angriffsbewaffnung verkörpere. Die deutsche Erklärung sei den Vertretern Frankreichs ganz besonders dankbar, daß sie auf diese Weise Gelegenheit gäben, vor aller Öffentlichkeit die M a r c h e n, die um dieses Schiff entstanden seien, zu widerlegen. Von Aheinbaben führte als Marinefachverständiger den Nachweis, daß das neue deutsche Panzerschiff keines-

wegs einen besonderen Angriffscharakter trage, sondern lediglich

ein ausgeprochenes Verteidigungsmittel des deutschen Volkes sei. Dem deutschen Kreuzer würde besonders seine Geschwindigkeit vorgeworfen, obwohl gerade die Geschwindigkeit in erster Linie eine Verteidigungswaffe sei, um sich damit den Angriffen der weit überlegenen Großschiffe entziehen zu können. Ein Land wie Deutschland, das in der Zahl seiner Kriegsschiffe äußerst beschränkt ist, habe nur Augen von einem Schiff, das sich möglichst lange auf See halten kann. Der größte Vorteil sei jedoch, daß der Bau des Schiffes

aufherberndische Gelbunnen

verschlingende habe. Wenn ein Land wie Deutschland gezwungen sei, einem Schiff von 10.000 Tonnen einen gewissen Kampfwert zu geben, dann müsse ein solches Schiff nur aus allerbestem Material gebaut werden. Hohe Kosten seien dabei unvermeidlich. Zum Schluß seiner Ausführungen stellte Freiherr von Aheinbaben mit großem Nachdruck fest, daß das deutsche Panzerschiff bald so teuer sei als die dreimal so großen Kampfschiffe der anderen Mächte. Wenn die übrigen Mächte zum Bau solcher Schiffe wie die „Deutschland“ übergehen würden, würden die Steuerzahler dieser Länder die größte Freude empfinden. Trotz der hohen Kosten erfülle jeden Deutschen ein gewisser Stolz, daß es Deutschland gelungen sei, ein brauchbares Verteidigungsinstrument geschaffen zu haben. Deutschland sei bereit, auch dieses Schiff

auf dem Altar der Abrüstung zu opfern, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die anderen Seemächte sich bereit finden, das gleiche mit ihren Großkampfschiffen zu tun. Deutschland sei bereit, sogar unter die für Deutschland im Versailles-Vertrag festgesetzte Grenze zu gehen, wenn sämtliche übrigen Mächte sich den gleichen Bedingungen unterwürfen.

Die Ausführungen Aheinbabens fanden in den Kreisen des Auswärtigen großes Interesse und Aufmerksamkeit, und besonders in angelsächsischen Kreisen eine weitgehende Anerkennung.

Neue Notverordnung zum SA-Verbot

Gleich nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf, wo die Konferenz wegen Erkrankung des französischen Ministerpräsidenten abgebrochen ist, werden in Berlin wahrscheinlich am Montag die Verhandlungen darüber begonnen, was nun mit dem Reichsbanner und anderen militärisch aufgezogenen Parteiorganisationen geschehen soll. Bekanntlich hat sich dieser Tage der Reichsinnenminister drei Stunden lang mit dem Reichspräsidenten über diese Dinge unterhalten, woraus man schließen kann, daß Hindenburg diese Angelegenheit als sehr dringlich ansieht. Dazu kommt noch, daß das SA-Verbot bei den Verhandlungsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten eine Rolle spielen wird. Die interessierten Kreise werden evtl. darauf bedacht sein, diesen empfindlichen Punkt in der augenblicklichen politischen Lage zu befeitigen. Wie man hört, soll den Nationalsozialisten das SA-Verbot dadurch erträglich gemacht werden, daß man alle ähnlich organisierten Parteigebilde ebenfalls verbieten will. Die Notverordnung zum Verbot der SA soll ergänzt und erweitert werden. Es nun dadurch auch das Reichsbanner erfasst wird, ist nicht bekannt. In Verbindung mit diesen Mäßen soll auch der Groenerische Plan verwirklicht werden, die Arbeit der Organisation zur Erleichterung der Jugend irgendwie gesetzlich zu erfassen.

Dynamitattentat während einer Parade in Schanghai.

Zahlreiche Verletzte.

Während einer Parade im Hongku-Port in der internationalen Niederlassung in Schanghai, die anlässlich des Geburtstages des Kaisers von Japan stattfand, warf ein Koreaner eine Bombe auf die Tribüne, wo zahlreiche japanische Würdenträger versammelt waren. General Shirafawa, der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai, General Hveda, der japanische Gesandte Sigitomitsu, der Oberbefehlshaber der japanischen Marineeinheiten in Schanghai, Admiral Nomura, der japanische Generalkonsul Murai, und der Admiral Shimada und der General Taschiro sowie einige Zivilisten wurden verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Die japanischen Truppen, die in einer Stärke von 10.000 Mann an der Parade teilnahmen, hatten ihren Vorbereitungen gerade beendet. Eine Anzahl japanischer Kinder sammelte sich um die Tribüne, wo der japanische Generalkonsul und die anderen Würdenträger Anreden halten wollten. Als die japanische Nationalhymne gesungen wurde,

explodierte plötzlich eine Dynamitbombe.

Die japanischen Truppen befehligen sofort alle Ausgänge des Parkes, die Polizei riegelte die Anschlagstelle ab und nahm sieben Personen, die sich verächtlich gemacht hatten, fest. Unter den anwesenden 15.000 Zuschauern entstand eine ungeheure Aufregung. Einer der Verhafteten, der 25 Jahre alte Koreaner Hinhokitsu, der angeblich die Bombe geworfen hat, wurde von der Menge ermordet. Als ihn japanische Polizisten festnahmen, frönte Blut von seinem Gesicht. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob seine Verletzungen von Bombenplittern oder von dem Angriff der Menge herrühren. In der Nähe der Tribüne fand man eine zweite Bombe, die anscheinend von einem zweiten Attentäter fallengelassen wurde.

Das Befinden des Generalkonsuls Murai ist außerordentlich ernst. General Schirafawa wurde in Krankenhausteile sofort operiert. Admiral Nomura erlitt eine schwere Augenverletzung und muß mit dem Verlust seines rechten Auges rechnen. Auch der Gesandte Sigitomitsu erlitt schwere Verletzungen.

Wie verläutet, gehört der Koreaner, der die Bombe geworfen haben soll, zu der provisorischen koreanischen Regierung, die angeblich mit der Kominintern („Reichspartei“, 1912 von Sun Jaesen gegründete demokratisch-nationale Partei) im Einvernehmen steht. Er soll im Auftrage dieser Gruppe, die sich die Befreiung der Japaner in China mit allen Mitteln zum Ziele setzt, gehandelt haben.

Das japanische Außenministerium hat sofort einen Bericht von den japanischen Behörden in Schanghai angefordert. Man befürchtet, daß der Anschlag schwerwiegende politische Folgen haben wird. Wie noch bekannt wird, hatten der englische, der französische, der italienische und amerikanische Marineattachés, die der Parade beigewohnt hatten, die Tribüne kurze Zeit vor dem Anschlag verlassen.

Ein Grubenunglück in Hindenburg.

Acht Personen verletzt.

Auf der Konordia-Grube in Hindenburg ereignete sich auf der 240-Meter-Tiefe des Andreas-Stolzes ein Schmelzergesplosion, bei der acht Mann Brandwunden erlitten.

Allem Anschein nach ist das Unglück dadurch entstanden, daß einer der Grubenarbeiter ein Streichholz angezündet hat, wodurch die Grubengänge zur Explosion gebracht wurden. Zum Glück war die Weiterführung in völliger Ordnung, sonst hätte das Unglück noch größere Ausmaße annehmen können. Die Verletzten befinden sich im Hindenburgers Krankenhaus.

amtlichen Meldung

haben sechs von den acht Verletzten schwere Brandwunden erlitten. Ein neunter Arbeiter, der zunächst gleichfalls ins Lazarett eingeliefert worden war, konnte sofort wieder entlassen werden.

Das Befinden der Verletzten.

Nach privaten Mitteilungen aus Hindenburg besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, die verletzten Verletzten am Leben zu erhalten, obwohl der Zustand einiger von ihnen sehr bedenklich ist. Über die näheren Ursachen des Bergwerksunglücks besteht nach diesen Meldungen noch keine Klarheit. Für die weitere Belegschaft der Grube unter Tage besteht keine Gefahr.

Amtlicher Teil.

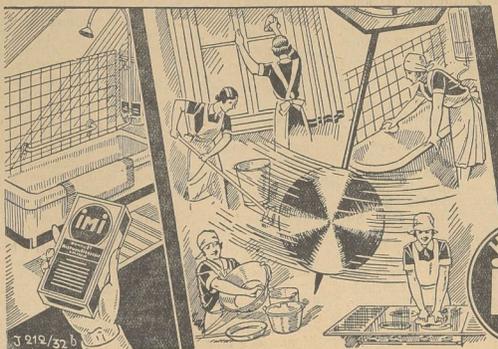
Bekanntmachung.

Ich weise darauf hin, daß heute mit der diesjährigen Feuerstellenrevision in Annaburg begonnen wird.

Annaburg, den 28. April 1932.

Der Amts-Vorsteher als Ortspolizeibehörde.

Zum Säubern brauchte man sonst Stunden, jetzt schafft es IMI in Sekunden!



Nehmen Sie welche Reinigungsarbeit Sie wollen — IMI bringt Ihnen eine Erleichterung ohnegleichen! Sei es in Ihrem Badezimmer, seien es Badewanne, Bürsten, Kämme, Waschbecken, Nachgeschirr, oder in der Küche: Töpfe, Flaschen, Gläser und Geschirr — immer bewährt sich das unvergleichliche IMI. IMI bringt für wenige Pfennige ohne Mühe Sauberkeit und lachende, blitzende Frische.

Ein Eßlöffel IMI auf einen Eimer heißes Wasser genügt.



zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Persilwerken.



Schönzeit.

Der Beginn der Schönzeit für Jagdenfahne wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg auf den 18. Mai 1932 festgesetzt, so daß der 17. Mai 1932 der letzte Sonntag ist.

Merseburg, den 13. April 1932.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg.

Veröffentlicht.

Torgau, den 26. April 1932.

Der Landrat. J. B. Matto.

Veröffentlicht. Annaburg, den 30. April 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Votales und Provinzielles.

Heimkehr aus Sonnenland.

Die Tage, die wir jetzt erleben, wo überraschend eine bunte Blüte nach der anderen sich auf unseren Frühlingsböden und in den Seen erstreckt, bringen uns in Verbindung mit einer großen und wunderbaren Wandlung unseres Heimatbildes, aber die wenige Menschen nachdenken. Unsere Vogelwelt hat sich allmählich wieder vollständig eingestellt, als hätte kommen jetzt einige Vagabunden, und die müssen wir uns näher betrachten. Es sind der Wiehede, der schöne, schmertlingsartige Flieder, der die Wälder als eifriger Ungeheuerweidling besucht, die wundervoll blauegrüne und zimbranne Alarade oder Mandelfrösche, die immer mehr auch in den norddeutschen Kleinstädtern vorzuziehen, der farbenvollste unter allen oder Vogel Wilow und der farbenprächtigste unter allen, unseren einheimischen Gefiederten neben dem Eisvogel, der Bienenspieler, der so bunt aussieht, als wäre er im tropischen Urwald neben den Kolibri beheimatet. Diese Vögel, die am liebsten zu uns zurückkehren, verlassen uns im Herbst mit als die ersten.

Sieben allen ist das auffallende Gefieder eigen, das so lebhaft ist, daß man seinen Frägen unwillkürlich eine Sonderstellung in unserer Tierwelt zubilligt. Die Naturforscher haben nun herausgefunden, wie das zu erklären ist. Gerade diese Vogelarten sind vor uralten Zeiten schon einmal in unseren Breiten zu Hause gewesen, in der Tertiarzeit, wo es so warm bei uns war, daß sie hoch hinauf in den Norden Palmen wuchsen. Dann kam mit ihren Eiszeiten und verdrängte die Tiere- und Pflanzenwelt in nördlicheren Gegenden. Alle diese bei uns noch seltenen bunten Vögel sind nachher in warmen Südländern Europas zu Hause, in der Dobrußa, an der Donaumündung. Von dort aber bringen sie immer mehr in die frühere Heimat, nach Mittel- und Nordeuropa, vor. Auch eine Reihe von Pflanzen, die in der Tertiarzeit bei uns wuchs, ist jetzt wieder ganz bei uns beheimatet, (allerdings hat diesen Vorgang der Mensch durch seine Gartenliebhaberei beschleunigt), so die Rosskastanie, die Platane und der Flieder, die einmal ausgerottet, jetzt bei uns die häufigsten Winter überleben.

Aus dieser Rückwanderung von Vögeln, die sich bei uns immer mehr einbürgern und teilweise schon bis in das Baltikum vordringen sind, schließt die Wissenschaft, daß sich die Tierwelt überhaupt bei uns immer mehr erholt. Wir haben, entgegen weit verbreiteten Überzeugungen, keinen neuen Rückfall in die Eiszeit zu erwarten, sondern viel eher Aussicht, daß die Palmen zu uns zurückkehren werden. Freilich, wir werden das nicht mehr erleben, denn solche Bewegungen vollziehen sich in unmeßbar langen Zeiträumen. Wir werden noch lange zwischen durch sehr böse Winter erdulden müssen. Aber ganz allmählich wird sich doch alles nach der Sommerseite hin verschieben.

Um diese Frühlingszeit glaubt man solche Kunde gern, und darum wollen wir die bunte Vogelschar, Vögel und Genossen, herzlich willkommen heißen als Sendboten und Vorhut aus dem Sonnenland, die durch ihr Lied dazu beitragen, daß im Menschenherzen die Hoffnung weiter lebt und gedeiht.

* **Sträßenspernung.** Wegen Ausführung von Ausschütterungen auf der Straße Annaburg-Rosenfeld ist die- selbe im Bereich der Oberförsterei Rosenfeld vom 2. Mai für jeden Verkehr bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird auf die Straße Torgau-Bretzin verwießen.

Annaburg. Der auf den 2. Mai festgesetzte Gerichts- tag wird auf den 9. Mai verlegt.

Annaburg, 29. April. In der Elbe bei Wittenberg fanden Angler eine männliche Leiche, die aller Wahrscheinlich- keit nach schon länger im Wasser gelegen hatte. Die Angler mußten sich etwa 20 Meter west ins Wasser hinein begeben bis zu der Stelle, wo die Leiche aufgetaucht war. Der Tote wurde als der seit dem 4. April vermißte Fleischer- meister R. von hier erkannt.

Annaburg. Aus Anlaß der bevorstehenden Eltern- beiratswahlen entnehmen wir aus dem Zeitungsbericht des Deutschen Lehrervereins folgenden Artikel: Lehrerschaft und Elternbeiräte. Die Tendenz, parteipolitischen Hader in die Schule zu tragen, ist von der Lehrerschaft von jeher bekämpft worden und wird von ihr immer bekämpft werden. Dieser aus der Tiefe der Berufsauffassung heraus geborene Ein- stellung entspricht die Haltung der Lehrerschaft zu Elternbeiräten und Elternbeiratswahlen: die Mitarbeit der Eltern an der Schule ist hochwillkommen, parteipolitisches Getriebe ist abzu- weisen. Es scheint, als ob die üble Verlogenheit des poli- tischen Kampfes, Andersmeinenden verächtliche Beweggründe zu unterstellen, auch auf die verkehrte Weise so kleine Eltern- beiratsbewegung überreift. So wird vom Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden unter dem Stichwort „Die Elternbeiräte in Gefahr“ ein Artikel verbreitet, worin u. a. von den Bestrebungen die Rede ist, die Elternbeiräte durch sogenannte Klassenelternschaften zu ersetzen; dann wird gelagt: „Der Deutsche Lehrerverein erstrebt beifolglich diese Klassenelternschaften, in denen in jeder Klasse unter der Leitung des führenden Klassenlehrers ein Vertreter der Elternschaft der betreffenden Klasse gewählt werden soll. Man will dadurch besonders den Einfluß der christlichen Elternkreise

auszuschalten und die Elternbeiräte zu einem willenlosen, ab- hängigen Werkzeug machen. — Diese Unterstellung ist ange- sichts der klaren, oft dargelegten Haltung des Deutschen Lehrervereins unerschöpflich. Der Deutsche Lehrerverein will die Mitarbeit aller Eltern an der Schule, mit „willentlosen, abhängigen Werkzeugen“ ist der Schule nicht gebend, sondern nur mit willensfesten, selbständigen Persönlichkeiten. Aber diese Mitarbeit soll orientiert sein vom Kinde und von der Schule aus, nicht von der Partei her. Die leitende Frage soll heißen: Was nützt unseren Kindern und unserer Schule? Nicht: Was verlangt die Parteiführer? Elternbeiräte, die aus Partei- büros ihre Instruktionen erhalten, was sie verhandeln und wie sie es behandeln sollen, müssen der Schule gar nichts und bringen die ganze Einrichtung der Elternbeiräte in Mißredit. Solche Elternbeiräte aber hat es gegeben und gibt es noch, und von ihnen möchte die Lehrerschaft die Schule befreit sehen. Wenn in der Presse des Deutschen Lehrervereins die Frage aufgeworfen wird, ob es wirklich richtig war, das Wahl- verfahren der politischen Wahlen mechanisch auf die Eltern- beiratswahlen zu übertragen, so sind Erfahrungen der ange- deuteten Art die Triebfeder dazu gewesen. Man kann un- möglich sagen, daß ein Wahlverfahren gut ist und sich bewährt habe, bloß weil es für die eigene Gruppe beifolglich gewesen ist. Doch in manchen Elternbeiräten ist jüdischer Partei- formalismus ausgetrieben, kann angefangen einwandfreier Zeugnisse aus der Lehrerschaft und der Elternschaft nicht be- stätigt werden und dürfte auch dem Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden nicht verborgen geblieben sein. Der Kampf der Lehrerschaft hat zum Ziel, diesen Terror zu brechen, nicht: den Einfluß der Eltern auszuschalten oder gar die Elternbeiräte „zu willenlosen, gefügigen Werkzeugen“ zu machen.

Arien. (Ueberfall.) Als sich am Montag Abend ein hier im Dienst stehendes junges Mädchen in der Dunkel- heit mit ihrem Fahrrad von Jessen aus allein auf dem Heimweg nach Arien befand, wurde sie plötzlich überfallen. Es sprang ihr plötzlich aus dem Gassenegrabben ein Fremder entgegen, der sie von ihrem Rad herunterholte und sie zu vergeblichen suchte. Das Mädchen wehrte sich und erstlitt dabei erhebliche Wunden am Kopf und im Gesicht. Als in der Ferne das Licht eines Fahrrades sichtbar wurde, ließ der Fremde das Mädchen sofort los und flüchtete auf dem schnellsten Wege.

Dommitzsch. (Das große Bezirksfängerfest in Dommitzsch.) Das Sängerfest des Bezirks Dommitzsch in Leipzig Gaujängerbunde findet in diesem Jahre in Dommitzsch statt. Das Fest wird nicht in dem Umfang gefeiert wie sonst. Nach einer geschäftlichen Tagung findet eine gemeinsame Probe und anschließend der Festzug statt. Der Festzug sind die Sänger dann auf dem Markte u. a. auch zu einer Goethefeier. In den beiden Sälen wird dann das deutsche Lied gefeiert werden. Ein Sängerbund wird das Fest be- schließen.

Dommitzsch. (Etat und Steuern.) Die Beratungen des Haushaltsplanes in der hiesigen Stadtorordnetenver- sammlung endeten mit der Annahme des Haushalts nach der Vorlage des Magistrats und den vorgeschlagenen Ab-

änderungen mit 5 gegen 5 Stimmen bei einer Stimment- haltung durch den Ausschlag des Stadtorordnetenvorlebers. Der Haushalt balanciert demnach mit 118601 RM gegen- über 134695 RM im Vorjahre. — An Steuern werden wie bisher 200 v. S. zur Grundvermögenssteuer, 310 v. S. vom Gemeindefiskus, 400 v. S. vom Gemeindefiskus, 150 v. S. des Landesbesizes der Bürgersteuer und 200 v. S. des Landesbesizes der Bürgersteuer erhoben.

Torgau. (Landratsüberlegung einer Kreisabgabe- ordnung.) Die der SPD angehörige Kreisabgabeordnungs- kommission hat nunmehr auch ihre Kreisabgabeordnungs- kommission, nachdem sie vor kurzer Zeit ihr Stadtorordneten- mandat der SPD zurückgegeben.

* Der heutigen Anstalt liegt ein Prospekt der Firma „Kathreiner Maschinen“ bei, den wir einer besonderen Be- achtung empfehlen.

Türmen, Spiel und Sport.

Am morgigen Sonntag findet hier in Annaburg ein Max Schwarze-Gedächtnis-Spiel statt. Max Schwarze war lange Jahre Spielwart der D.Z. und hat sich innerhalb dieser hohe Verdienste erworben. Kurz vor dem Tode 1928 erlitt ihn der Tod, der seinem unerwünschten Schicksal um die D.Z. ein frühzeitiges Ende bereite. Mit ihm verlor die Deutsche Turnerschaft einen Mann, der noch lange in seinen Werken fortleben wird. Zu seinem Gedächtnis findet alljährlich in jedem Bezirk ein Spiel statt, bei denen die Handball-Mannschaften um einen Wanderpreis kämpfen. Inhaber derselben waren bisher: 1929/30 Annaburg 1.; 1930/31 Herzberg 2. Der Wettkampf um diesen Wanderpreis kommt jetzt zum drittenmal zur Austragung und zwar diesmal in Annaburg. Es erscheinen 6 Mannschaften der B-Klasse und 4 Jugendmannschaften in der nachstehenden Reihenfolge, wobei auf beiden Sportplätzen demstört wird: 1.) 10 Uhr: Seemtorf 1. — Herzberg 2., 2.) Gomsdorf 1. — Colchau 1.; 3.) 11 Uhr: Annaburg 1. — Jessen 1., 4.) Schweinitz Jugend — Jessen Jugend. 5.) 1 Uhr: Falkenberg Jugend — Herzberg Jugend. 6.) Sieger von Spiel 1 gegen den Sieger von Spiel 3.; 7.) 2 Uhr: Werbesfeld 3.; 8.) 3 Uhr: Sieger von Spiel 2 gegen den von Spiel 3.; 9.) Sieger von Spiel 4 gegen den von 5.; 10.) 4.30 Uhr: Sieger von Spiel 2 gegen den von Spiel 1. In der Jugendklasse ist Gewinner des Wanderpreises der Sieger aus Spiel 8, während in der B-Klasse diejenige Mannschaft den Preis erhält, die in den Spielen 6, 9 und 10 die meisten Punkte erhält.

Sirachische Nachrichten.

Am Sonntag Rogate.
Bittet, so wird euch gegeben, suchet, so werdet ihr finden, klopfet an, so wird euch aufgetan.
Annaburg. Form. 1/10 Uhr: Gottesdienst.
Form. 1/11 Uhr: Kindergottesdienst.
Abends 8 Uhr: Bibelfunde in der Vorkirche.
Burzien. Nachm. 1 Uhr: Gottesdienst.
Löben. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst. Hr. W. Dhert.
Katholische Kirche. Am Sonntag, früh 7/11 Uhr: Gottesdienst, vorher Beichtgelegenheit.

Markt-Kalender.

2. Mai: Krammarkt in Schweinitz.
3. Mai: Schweinemarkt in Schweinitz.
4. Mai: Schweinemarkt in Bretzin.

7
Je schwerer die Zeiten,
desto mehr
braucht Deine Familie
den Schutz
Deiner Lebensversicherung!

Wenn es DIR schon schwer fällt,
bei den jetzigen Zeiten Deine
Familie zu ernähren — was sollte
dann Deine Familie ohne Dich tun?

Halte
Deine Lebensversicherung
in Kraft!

Nach langem, vergeblichem Suchen wurde am Freitag, den 29. April, vormittags 11 Uhr, mein lieber Mann, mein treuherziger Vater, der jetzt dem 4. April vermittelte Fleischermeister

Wilhelm Reinknecht,
bei Wittenberg aufgefunden.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an
im Namen aller Hinterbliebenen
Frau Emma Reinknecht
Wilhelm Reinknecht.

Annaburg, den 30. April 1932.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Bekanntmachung.

Die bisher an den verstorbenen Schuhmachermeister Herrn Wilhelm Grune gezahlten Beiträge für die Pfarländertellen sind von nun ab an unsere Pfarrkasse z. Hd. des Herrn Günther Hildebrandt in Annaburg, Mittelstraße Nr. 4, zu zahlen.

Annaburg, den 29. April 1932.

Der Gemeindefürsorge.

Bestellungen auf

Hühner-Weizen

nimmt laufend entgegen

Adolf Weicholt jun., Fretlin.

Am Sonntag, den 1. Mai, auf den Sportplätzen

Handball-Treffen

Vormittags 10-12 Uhr: Vorrundenspiele

Nachmittags 13-18 Uhr: Ausscheidungen

Die Handballmannschaft.

Der Vorstand. Der Wirt Kockmann.

Es ladet freundlich ein

Zünftig nachmittags 2 Uhr.

und anschließendem **BALL.**

zu spielen mit **Krenzelken, Preisscheiben**

Sommerfest,

eröffnet am Sonntag, den 1. Mai, im

Zentrallpavillon

Landungs- und

Hotel Waldschlözchen.

Sonntag, den 1. Mai, abends 7 Uhr

Oeffentlich. Ball.

Eintritt 25 Pf. — Tanz frei!

Freundl. ladet ein **Hugo Fensch u. Frau.**



Freiw. Feuerwehr Annaburg

Montag, den 2. Mai, abends 7 Uhr

Übungsstunde,

anöf. **Versammlung**

bei Kam. Fensch. Das Kommando

Geschäfts-Eröffnung

Der geehrten Einwohnerschaft von Annaburg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich am Montag, d. 2. Mai 1932 in Annaburg, Torgauerstr. 36, eine reine

Medizinal-Drogerie

eröffne.

Es wird stets mein Bestreben sein, Sie vorteilhaft zu bedienen und zu beraten.

Um gütigen Zuspruch bitte

Adler-Drogerie

Georg Schön.

Saattkartoffeln, trebsfest

Wekaragis Erdgold anerkannt 1. Abfaat,
Roland, anerkannt Abfaat
Roode Staar, 2. Nachbau, rottschlagig und gelbfleischig

offert **Werner Otte.**

Bürger-Schützen-Vereine. V.
Sonntag von 3 Uhr ab
Schießen.

Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab Friedhofstraße 17. Frau Wojciszowski geb. Banne.

19jähr. Mädchen sucht Stellung im Haushalt.
Frieda Dorau, Schönefeld (Ester), Mühlengasse 2.

Prima Stiefmütterchen empfiehlt **Bruno Anders**, Garten am Denkmal.

Alle landwirtschaftl. **Sämereien** kaufen Sie immer zuverlässig und preiswert im **Fachgeschäft**

Werner Otte.
Prima Saatt-Kartoffeln Wohlmann u. Edeltraut verkauft **Erich Richter**, Naundorf.

Schrankpapier, gemulert, empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Einheitspreise

jetzt auch

in Annaburg

Eröffnung meiner

WE·DE·PA

Wohlfeile

Drei-Preis-Abteilung

Sonnabend, 30. April

Hunderte praktische Bedarfs-Artikel

zum Einheitspreise von

25 Pf., 50 Pf., 1.00 M.

Bitte besichtigen Sie mein Spezialfenster!

Carl Quehl.

Muttertagarten empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Mädchen-Zimmer

(weiß mit rosa abgesetzt), billig zu verkaufen
Otto Richter.
Bau- und Möbelschleierei, Holzborststr.

Empfehle in bester hochreife Qualität zu den billigsten Tagespreisen:

Ta. rote und gelbe
Edendorfer Rübenkerne
sowie **Grfurter**
Blumen- u. Gemüse sämereien

Fa. Th. Schunke Nachf.

Miele
Zentrifugen
Buttermaschinen
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Kartoffeldämpfer
Kartoffelquetschen
Badewannen
Alle Reparaturen und Ersatzteile!

Fritz Rödler. Fernruf 253

Feld- und Gartensämereien

Rotz, Gelb- u. Weißflor, Seradella
Rohrriiben, gelb- u. rotblauer
Gelbe Edendorfer Riechenwälden
Beluschten, Sommerwälden
Luzerne, Tiergartenmischung
Wiesenmischung, Engl. Rogras
Timothensgras, Gartensämereien
und **Blumen-Samen**

J. G. Fritzsche.

Col. Naundorf.
Sonntag, den 1. Mai:

Ballmusik.
wogu ergebenst einladet
Arthur Heinde.

Hühner-Weizen
gegen Bezugschein kostet der Zentner etwa RM. 6.50 bis 7.00.
Vergessen Sie nicht Ihre Günterbestände rechtzeitig anzumelden bei

Werner Otte,
Speicher am Kleinbahnhof.
Bestellungen auf
Sene-Brifettes
nimmt bis Anfang Mai entgegen

J. G. Fritzsche.
Hocheine zarte
Matjes - Heringe
frisch eingetroffen
J. Kästlig's Nachf.
Inh.: **Martha Müller**
Mühlstr. 40

Briefordner
Schnellhefter
Stempelfarben
Stempelkissen
Durchschlag- und
Kohlepapier
zu haben bei
Herm. Steinbeiß
Papierhandlung.

Riesen-
Matjes - Heringe
Std. 20 Pf., empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Eine Pfingst-Ueberraschung!

Jeder soll kaufen können,
deshalb in allen Abteilungen

Preis-Sensation

zum Pfingst-Einkauf!

Moderne Frühjahrs- u. Sommermäntel

in großer Auswahl in **Damen-, Maid-,**
Backfisch- und Frauen-Größen von **5.95** an

Entzückende Kleider und Kostüme

mit passendem **Wool-Pullover** in neuen Farbtönen

Seiden-Stoffe

Crêpe de chiné, Crêpe Satin, Crêpe Marocain
Fiamengo, Crêpe Georgette
in einfarbig und moderne Druckmuster

Sämtliche am Lager ausgesuchten Stoffe werden auf Wunsch im eigenen Damen-Maß-Schneiderei-Atelier angefertigt.

Die elegante Herren-Garderobe

zu bekannt billigen Preisen!

Ernst Peschke

Ackerstraße 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Irlands Freiheitskampf.

(Von einem Londoner Mitarbeiter.)

Zeit Hunderten von Jahren wohnt in Irland auf so kleinem Raum ein fleißiges, urwüchsiges Bauernvolk, das in den Zeiten der großen Reformation beim alten Glauben blieb und nicht protestierte. Dadurch forderte es sich geistig und körperlich von der Hauptinsel, die England, Schottland und Wales umbeherbergt.

Die Hauptinsel erwiderte unter neuen Animpfen Schiffahrt und Überseehandel. Ihre Männer eroberten Länder und organisierten sie für den gewinnbringenden Handel der Heimat. Die irische Insel dagegen blieb bei ihrer Landwirtschaft und ist das noch heute. Ihre Produkte konnte die irische Insel niemals ganz selbst verzehren. Der gegebene Markt war immer und wird immer bleiben die benachbarte größere Insel mit England, Schottland und Wales.

So tiefen die wirtschaftlichen Beziehungen eigentlich in natürlichen Bahnen. Aber da die Bauern weder staatenbildend noch imperialistisch benachbarten waren, lauschten die zu Wachstum kommenden benachbarten Engländer das Land langsam aber sicher auf. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde sich in Irland, der schließlich so gut wie ganz in englische Hände geriet. Mit den Schönmütigen im Werte des landwirtschaftlichen Produkts mußten die besitzenden, meist nicht in Irland selbst wohnenden Grundherren hart werden.

So kam mit der Zeit jene Unterdrückung, die sich bei der Union 1801 als feierliche und im hartnäckigen Bauernvolk der irischen Freiheitskämpfer, die sich als erste in der Geschichte der Welt gegen die Unterdrückung durch England und Irland durch einen Friedensvertrag, der den Kampf abblies und dem Lande eine Verwaltungsautonomie und Selbstbestimmung brachte, die aber immer noch im Rahmen des englischen Machtbereichs blieb. Die extremen Geister mußten außer Landes gehen, darunter der erste Freiheitskämpfer De Valera. Der Gedanke der Freiheit aber ist so tief im irischen Herzen, daß die Zweifel über den Inhalt des Friedensvertrages das Volk nie zur Ruhe kommen ließ.

Für uns muß dieser Vorgang, der jetzt zu dem englisch-irischen Konflikt über die Berechtigung des Unteraneneides des Parlamentes gegenüber der englischen Krone und die Berechtigung der Weitererhebung von Zahlungen für die von den englischen Großgrundbesitzern aufgegebenen Ländereien von denkbar größter Interesse sein. Der alte nämlich die Folge, daß sich eine große Freiheitspartei in Irland gebildet hat, die unter Organisation einer Art Heeres geführt hat. Diese Armee ist der Faktor, um den sich augenblicklich alles dreht. Wenn De Valera, der vom Volk gewählte neue Präsident Irlands, mit seinen Forderungen an England, den Unteraneneid fallen zu lassen und die Zahlungen auf Ländereien aufzugeben, durchkommen, dann ist die irische Freiheitsarmee ganz von selbst auf. Denn dann hat

he ja das Ziel der endgültigen Freiheit erreicht. Die Engländer wiederum können im jetzigen Zustand der Zusammenfassung ihres Reiches in einen wirtschaftlichen Ring das bedeutendste Beispiel der Völkervereinigung eines einzelnen Staates freiwillig nicht zulassen. Dieses Beispiel könnte zu ansehender Wirken und würde eines Tages in Südafrika, Australien und Neuseeland wahrscheinlich doch als Beispiel für die Völkervereinigung der Zentrale London wirken. Welche Lösung wird man mit Irland finden? Ist ein Kompromiß überhaupt möglich? Kann man diesen wirtschaftlichen Kampf auf das wirtschaftliche Ziel schieben, wozu in England stärkere Meinung ist? Es geht um das Prinzip: Soll Irland keine Reparationen weiterzahlen, oder sollen diese auf einen Schlag aufhören? Darin liegt die Parallele zu Deutschland, und darum ist es für uns vor der Lausanner Tributkonferenz außerordentlich wichtig, den Verlauf genau zu beobachten und den Ausgang auszumachen. Wenn England nachgibt, dann muß es auch für uns die Vertragsparaphen aus dem Verfallener Vertrag freilassen und sich selbst für die Aufhebung aller Tribute erklären. Wenn es nicht nachgibt, dann geht der Kampf weiter, denn auch Irland gibt nicht nach.

Was sind Angriffswaffen?

Die Forderungen Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz, Ministerialdirektor Brandenburg ab im Luftfahrzeugschuß der Abrüstungskonferenz eine Erklärung über den deutschen Standpunkt zu der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen auf dem Gebiet der Luftfahrt ab. Er betonte, daß der Ausschuss, welcher die Aufgabe habe, feilmittelfähige Vorschläge zu machen, welche Luftwaffen als Angriffswaffen anzusehen seien. Diese Aufgabe werde wesentlich erleichtert, weil hier ein historischer Vorgang im Verfallener Vertrag und den gleichzeitigen Verträgen von 1919 vorliegt. Diese Verträge hätten in eindeutiger Weise die Waffen bezeichnet, deren Abschaffung wegen ihres Angriffscharakters als eine unerlässliche Abrüstungsmaßnahme anzusehen war. Deutschland und andere Mächte hätten die militärische Luftfahrt durch Zerstörung abgeschafft und auf diese Weise ein Beispiel für diejenigen Maßnahmen gegeben, die jetzt allgemein als wirksame Abrüstung durchgeführt werden müßten.

Ministerialdirektor Brandenburg brachte sodann einen deutschen Entschuldigungsentwurf im Hauptausdruck ein, nach dem der Luftschuß erklärt, daß die gesamte Militärluftfahrt zu Lande und zu Wasser sowie der Abwurf von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen unter die vom Hauptausdruck bereits festgelegte Begriffsbestimmung der Angriffswaffe fällt.

Im Flotenausschuß der Abrüstungskonferenz gaben die Vertreter der einzelnen Länder Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Frage der Angriffswaffen ab. Die Vertreter der angestrichelten Länder verlangten übereinstimmend lediglich die Abschaffung der Unterseeboote. Der Vertreter Italiens stellte sich auf den Standpunkt Deutschlands und verlangte gleichfalls Abschaffung der Unterseeboote, der Unterseeboote und der Flugzeugmutterläufe, machte jedoch die Abschaffung der Unterseeboote von der Abschaffung der Unterseeboote abhängig. Der Vertreter Frankreichs sprach sich darauf hin, daß die Frage der Angriffswaffen bereits durch den Verfallener Vertrag entschieden sei. Jedoch verlangte er die Zulassung von Unterseebooten mit geringer Tonnage. Japan verlangte lediglich Abschaffung der Flugzeugmutterläufe.

Schluß der Inzeratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Deutsche amtliche Mitteilung über die Unterredung Brüning-Clavin-Macdonald.

Von zukünftiger deutscher Seite wird folgende halbamtliche Mitteilung über die Zusammenkunft des Reichsfanziers Brüning mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson veröffentlicht:

Am Laufe des Vormittags hatten der deutsche Reichsfanzier Dr. Brüning, der vom Staatssekretär von Wilson begleitet war, und der englische Ministerpräsident Macdonald eine Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson, der auf amerikanischer Seite die beiden Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Hugh Gibson und Norman Davis, bewohnten. Gemäß der Verlautbarung, die auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen von britischer Seite erfolgte, ist diese Unterredung die Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen, die in der vorangegangenen Woche zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem britischen, insbesondere dem Reichsfanzier Brüning, eingeleitet wurden. Der heutige Meinungsaustausch galt einigen wichtigen Punkten der Abrüstungsfrage. Die Unterredung wird nach der am Freitag erfolgenden Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Lardieu nach Genf fortgesetzt. Demgemäß hat der deutsche Reichsfanzier Dr. Brüning seine eigentlich schon für Mittwoch beabsichtigte Nordreise nach dieser Unterredung in Aussicht genommen.

Der Fernost-Konflikt.

Die japanische Regierung will in aller nächster Zeit zur Frage der Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai endgültige Stellung nehmen. Auf Grund der neuen vom englischen Generalen Kempson im Peking geschlossenen Formel soll nach japanischer Auffassung um baldige Möglichkeit eines Abschusses der Waffenstillstandsverhandlungen bestehen. Aus Moskau wird gemeldet: Der russische Außenminister geht aus Genf nach Moskau nicht nur wegen des bevorstehenden Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Ismet Pascha zurück, sondern auch wegen der gegenwärtigen politischen Lage im Fernen Osten. Kinnikov wird sich über die Vorgänge an der chinesischen Ostbahn unterrichten lassen und dann mit den zuständigen Kreisen entscheiden, welche Schritte die Sowjetregierung zur Wahrung ihrer Rechte unternehmen wird.

Starke Interesse an der Kleinfriedung.

15.546 Kleinrieder, 49.000 Kleingartenstellen. Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt: Mit den in der Zeit vom 19. bis 25. April 1932 neu bewilligten 195 Stellen sind nimmere im ganzen 15.546 Kleinriederstellen bewilligt worden. In dem genannten Zeitraum sind an Kleingartenstellen 5.226 bewilligt worden. Damit ist die Gesamtzahl der Kleingartenstellen bisher auf rund 49.000 gestiegen. Aus den vorliegenden Berichten ergibt sich, daß mit den Bauarbeiten fast überall begonnen ist; 3.1 sind die Zierpflanzen schon im Hobbau vollendet. Aus den für den 3. April in Aussicht genommenen jetzt vorliegenden Bedarfsmeldungen der Städte geht hervor, daß überall ein starkes Interesse an der Fortführung der Kleinriederung besteht.

Übersetzung durch französische Militärattachés. Paris. Zwei französische Militärattachés überlegen die Crémieux (Dormets), eines der beiden Flugzeuglandeplätze in der Nähe des Ortes auf freiem Felde. Der zweite Apparat, der mehrmals über der Landungsstelle kreuzte, flog kurz darauf in Richtung nach der französischen Grenze ab. Landung und Festsetzung nahmen den Piloten, einen Unteroffizier, in Schußhaft. Er erklärte, daß er von Zirkonburg komme und sich verlegen habe. Ein Motorwagen habe ihn zur Landung gesteuert.

Abenteuererblut

ROMAN VON ANNY v. PANHUYS

(57.) Copyright by „Dröbenberg-Verlag“ Zwidau i. S.

„Ich habe gar nicht geküßelt.“ gestand sie. „weil ich fürchte, mich zu verbieten.“ Er lächelte. „Sind die Dinge, die Sie in der Stadt besorgen wollen, so wichtig?“ Sie antwortete nicht gleich, da sagte er: „Ich will nicht neugierig sein, aber ohne Frühstück lasse ich Sie nicht mit.“ Er wollte klingeln, etwas bestellen.

Sie wies auf den noch unberührten Tisch. „Ach, das können Sie doch gar nicht alles aufessen! Ein halbes Bröckchen und ein Scheibchen Schinken ist übergenug für mich, und in das Wasserlass gieße ich ein wenig Milch, dann habe ich genug.“ Er drückte sie auf einen Stuhl, setzte sich ihr gegenüber, wollte sie bedienen.

Sie meinte ab. „Nein, ich will Ihnen die Bröckchen streichen, Monsieur Mallentin, es macht mir Freude, lassen Sie mich gedanken.“ Er sah zu, wie Hint und geriet ihr alles von der Hand ging und sagte aus seinen Gedanken heraus: „Ach alter Bauer könnte einen Mordbenedigen kriegen auf den Mann, dem Sie einmal täglich so am Frühstückstisch gegenüberüber und die Bröckchen bereiten werden.“ Lucie Mann trant ihre Milch. „Ach werde nicht heiraten.“ „Weshalb nicht?“ fragte er. „Hat Ihnen die Sache mit Bernon, an die Sie nun hier wieder lo sehr erinnert wurden, so weh getan?“ Sie schüttelte den Kopf.

„Ach sagte Ihnen ich schon, daß es nicht der Fall ist, aber ich habe lo viel geliebt, gehen und miterlebt bei meinem Durchdie-Welt-Tanz, daß ich nicht heiraten mag. Ein hantlicher Duque (Herzog) wollte mich auch heiraten, aber als seine Frau hätte ich keinen Schritt allein auf die Straße tun dürfen, nur in Begleitung von zwei Duennas, weil eine

möglicherweise betriebslich. Der edle Grand sagte wörtlich: Er liebe mich zwar loht genug, um mich zu heiraten, aber er könne mir leider nicht über die Straße trauen, weil ich Tänzerin sei. Und ich meine, wenn einem auch nicht jeder Mann ein paar Duennas halten kann zum Aufpassen, ist denken wohl alle Männer ein bißchen ähnlich, denken, einer Tänzerin dürfe man nicht über die Straße trauen. Und das würde mich verletzen.“ Sie sah ihn traurig an. „Ich habe eine Beschäftigung mit Bernon gehabt, und er war nicht der erste in meinem Leben, aber nach ihm habe ich mich nicht mehr küssen lassen, weil ich keinen mehr lieb hatte und weil ich Geld genug verdiente und mir keinen Kuss mehr ohne Liebe gefallen lassen brauchte. Ohne Achtung aber mag ich keine Ehe, ohne Achtung kann keine Ehe glücklich werden.“ Eberhard Mallentin nickte ernst. „Wer Sie wirklich liebt, achtet Sie auch, und Sie verdienen Achtung, Mademoiselle Lucie, hohe Achtung.“ Lucie lächelte. „Ja, Sie achten mich, sonst hätten Sie mich nicht mit Ihrer Familie zusammengebracht, Monsieur Mallentin. Ich werde auch oft an hier zurückdenken, es ist lo freudlich und lieb hier.“ Eberhard Mallentin wollte in früher Aufwallung etwas sagen, aber dann unterließ er es doch.

Ein Viertelstunden später stieg der Auto schon auf der Chauffee dahin. Mallentin feuerte, Lucie Mann sah neben ihm. Sie sprachen nicht viel, jedes war mit seinen Gedanken beschäftigt. Einmal sagte der Mann: „Nun gehen Sie mir, liebe Mademoiselle Lucie, wie vor Ihnen gefahren abend eigentlich zumute, als Sie Maite von Brunnenhof haben? Nach dem Bild schwören Sie doch darauf, es sei Bernon, und das Bild Brunnenhofs ist gut getroffen.“ „Es mag gut getroffen sein,“ gab sie zurück, „aber es täuhte mich doch. Als ich Herrn von Brunnenhof sah, wußte ich sofort: Das ist nicht Gollon de Bernon.“ Er lächelte. „Ach bin froh, meiner Tochter nun ihr Glück lassen zu können.“ Das alle Schweigen nißte sich wieder zwischen ihnen ein. Lucie Mann begann leise: „Seien Sie mir nicht böse,

Monsieur Mallentin, aber ich habe gar nichts in der Kreisstadt zu besorgen, ich dachte nur daran, daß wir uns, wenn ich erst fort bin, wahrscheinlich nie mehr im Leben wiedersehen, und da wollte ich mir das bißchen Meinstein mit Ihnen noch gönnen.“ Eberhard Mallentins Hände bebten plötzlich. Er hielt den Wagen mitten auf der Chauffee ein, ein paar hundert Meter vor den ersten Häusern des Städtchens.

„Lucie Mann, wissen Sie genau, was Sie eben gesagt haben?“ fragte er mit rauher Stimme. Sie erwiderte: „Nicht denn lo schlimm, daß ich Sie, am mitfahren zu dürfen, ein bißchen angeleidewidelt habe?“ Sie fragte es ängstlich.

Er sah sie lo hell an, daß ihr unheimlich wurde. „Und die Raubheit war nach in seiner Stimme, als er ihr förmlich entgegengeleuderte.“ „Ach meine immer, ich sei ein alter Keel, zu alt, um mich einmal an die Beglückung zu erfreuen, aber jetzt haben Sie eine Hoffnung in mir geweckt, eine Hoffnung, deren Erfüllung herrlich wäre, nicht auszuwenden herrlich. Sie wünschen meine Beschäftigung, also liegt Ihnen daran. Lucie, ich würde Ihnen keine Duennas zur Bewachung halten, weil ich Sie achte. Lucie, wenn ich Ihnen nicht zu alt bin, wenn Sie mich ein ganz klein wenig gern hätten, dann —“

Er konnte nicht weiterprechen, die Erregung trockenete ihm die Kehle aus. Lucie aber lachte plötzlich, klingelnd, melodischer als je zuvor, und als er sie verdutzt ansah, lachte sie wieder, zwangig lachte hervor: „Halt zu es denn endlich gemerkt, Monsieur Mallentin, wie gut ich dir bin und wie ich lo gern, lo gern bei dir bleiben möchte.“

Da vergaß Eberhard seine achtundfünfzig Jahre, und er vergaß, daß man auf offener Landstraße hielt. Er küßte die herrliche Lucie Mann wie ein ganz junger Berliebter, und dann fuhren sie der kleinen Stadt entgegen, lächelnd sich ab und zu an, und zwischen ihnen lag das Glück. (Fortf. folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquarstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerdem Wohnende 10 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschlt. Umfahrgeld. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgshaus.

Nr. 52.

Sonnabend, den 30. April 1932.

35. Jahrg.

Wirtschaftswirrwarr

Vor grundlegenden Änderungen der Sozialversicherung.

Neue Wege in der Lohnpolitik — Volle Selbstverwaltung in der Sozialpolitik.
Über die zukünftige Lohnpolitik der Reichsregierung, die geplante Änderung der Sozialversicherung und die Degeneration der Wirtschaft äußerte sich Reichsarbeitsminister Siegelwald in einer längeren Rede in Erfurt, in der er u. a. ausführte:
Wir stehen gegenwärtig vor einem ungeheuren Weltwettbewerb. Auch in Deutschland herrscht auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik noch eine große Verwirrung. Wir leben in einem Zeitalter des italienischen Faschismus, des russischen Kommunismus und der internationalen Monopolen, Kartell- und Trustwirtschaft. Daneben muß das Reich

Stützungsprobleme
gegenüber Banken, Genossenschaften, Großschiffahrt, öffentlicher Landwirtschaft usw. betreiben. Von Arbeitgeberseite wird der Reichsarbeitsminister immer härter bedrängt, im Hinblick auf die sechs Millionen Arbeitslosen den staatlichen Lohnschutz durch

Aufhebung der Vorschriften über die Verbindlichkeitsklärung
von Arbeitsprüfern zu befreien. Dieses Verlangen läuft darauf hinaus, daß in einem weltwirtschaftlichen Erfranzungszustand ungleichmäßig durch den Staat alles mit Ausnahme der menschlichen Arbeitskraft geschützt und gesichert werden soll. Solange ich Arbeitsminister bin, lehne ich das nachdrücklich ab. Die Handhabung der Lohnpolitik ist gegenwärtig eine der schwierigsten Staatsaufgaben. Die Arbeitgeber haben in ihre drei Hauptaufgaben der gegenwärtigen Wirtschaftserholung Deutschlands. In Arbeitnehmern erkennen sie nicht man in dem Staat weitgehend die Vorkriegsmaschine. Meines Erachtens sind diese Annahmen falsch. Die staatliche Lohnpolitik hat während der größten Krise eines Jahrhunderts die Aufgabe, zu verhindern, daß bei der ungleichen Kräfteverteilung der Lohn der freien Arbeitnehmer nicht ins Uferlose sinkt. Sie hat weiterhin die Aufgabe, die Parteien möglichst weitgehend zu freiwilligen Vereinbarungen zu bringen, das beiderseitige Verantwortungsgefühl zu stärken und dafür zu sorgen, daß der wirtschaftlichen Vernunft nicht der Weg verlegt wird.

Arbeitsbeschaffungspläne.

Zu Reichsarbeitsministerum fand eine Konferenz der Vertreter der Reichsministerien und der zuständigen Ministerien der Länder statt, in der die verschiedenen Pläne des Reichsarbeitsministers zur Arbeitsbeschaffung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes besprochen wurden. In erster Stelle steht der Plan, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Neben den Besprechungen der Behördenvertreter laufen auch Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen.

„Zur Aufklärung der Bevölkerung“.

Eine außerplanmäßige Reichsausgabe von 1/2 Million.
Im Haushaltsausschuss des Reichstages fand eine längere Aussprache über bestimmte Ziele bei dem Haushalt des Reichsinnenministeriums für das Jahr 1932, die den Nachrichten dienen und Maßnahmen zum Segne der Republik betreffen, statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 496.000 Mark, die nach den Mitteilungen des Reichsinnenministeriums „zur Aufklärung der Bevölkerung“ veranschlagt worden sind. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Rechnungsunterschied des Haushaltsausschusses eine

Einzelauflage gewünscht habe.

Die gesetzliche Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung und die Invalidenversicherung, befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Für das Jahr 1932 fehlen den Versicherungsanstalten und Versicherungswesen noch viele Hunderte von Millionen Mark. Mit Beitragserhöhungen und Steuererhöhungen ist dem Zustand nicht wesentlich beizukommen. Damit würde nur neue Arbeitslosigkeit geschaffen. In den nächsten Wochen muß eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung gefunden werden, mit der wir über das Jahr 1932 hinwegkommen. Auch die Invalidenversicherung muß ins Gleichgewicht gebracht werden. Auf längere Sicht gesehen, werden sich

grundlegende Änderungen der gesetzlichen Sozialversicherung nicht vermeiden lassen. Heute steht die Sache so, daß mehr als die Hälfte sämtlicher Wähler unmittelbar Forderungen an den Staat stellen (Walden, Pensionäre, Kriegsbeschädigte, Arbeitslose, Invaliden und Unfallrentner, Wohlfahrtsunterstützungsbekämpfte usw.). Meines Erachtens können wir nicht darum berum, die Sozialversicherung in steigendem Maße den Versicherern zu überantworten.

Die Arbeitgeber würden einen durch Gesetz festzusetzenden Beitrag zu entrichten, wofür sie in bestimmten Grenzen mitzuentschieden hätten, während für den Rest des Beitrags die Versicherer selbst aufzukommen hätten, wie ihnen auch die Durchführung der Sozialversicherung bei entsprechender Staatsaufsicht einzuräumen wäre. Auch das gegenwärtig

Organisationswesen
in unserer Wirtschaft erwirkt sich immer mehr als eine Unmöglichkeit. Heute setzen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Gewerben und Wirtschaftszweigen meist nur um den Lohn auseinander. Dabei ist die Lohnfrage doch nur ein kleiner Ausschnitt aus den Gesamtverhältnissen in der Welt- und Volkswirtschaft. Die Arbeitgeber heute noch gegen eine

Ausgestaltung der gesetzlichen Sozialversicherung
(Handwerk, Handels- und Landwirtschaft) werden, kommt mir heimlich und etwas auch auf dem Gebiet der Altersversorgung, der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, wie auch aus der gründlich völkeringesamtliche (früher starke Jugend- Altersjahrgänge, heute fast ungeteilt) haben auf den verschiedensten Gebieten er

Sie sei aber wie in früheren Jahren auch die dezentralen Abteilungen des Reichs gegeben werde. Die ausführenden des Unterstaatssekretärs durch die Reichsstatthalter. Es besche behaltensrechtlich, die Beamten, die diese Gelder verausgabt, hinsichtlich der Verantwortung, wenn sie nachträglich nicht beauftragt werden.

Der Regierungsbereiter verlas das **Erklärung des Reichsinnenministeriums**. Die außerplanmäßige durch Beschluß des Reichstages 496.000 Mark sind nach meines Amtesvorsitzens (h. Dr. Wirtlich für den angegebenen Zweck ordnungsgemäß worden. Nähere Angaben darüber, für welche Verwendung erfolgte, ergeben sich in den nächsten Tagen. Die Zweckbestimmung auch nicht gemacht werden können, ohne Reichsinteresse zu gefährden. Zu wünschen, die dieser Zweckbestimmung zuwiderlaufen, indem sie den Zweck verstoßen, ersucht sich die Reichsregierung nicht für verpflichtet.“

Es wurde alsdann ein dezentraler Antrag angenommen, wonach der Ausschuss auf Grund der Haushaltsaufstellung für die Ausgaben der Reichsregierung die erforderliche Genehmigung verlangen soll.

Sauertrauterezepte mit Reichssubvention.

Wo bleibt die Spariankeit?

Der Reichstagshaushaltsausschuss setzte seine Aussprache über den Bericht des Rechnungsunterausschusses über die Reichssubventionen 1930 fort. Bei dem Haushalt des Reichsinnenministeriums wies der Berichterstatter darauf hin, daß mit den Fonds des Ministeriums im allgemeinen sparsamer als früher gewirtschaftet werde, doch aber manche an sich unnötigen Ausgaben unternommen worden seien. Auch könne man sich des Eindrus nicht erwehren, daß aus den Fonds Gelder gegeben worden seien, deren Empfänger und deren Verwendung man nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geprüft habe.

Zu der Aussprache dazu verlas u. a. Abg. Köhler (Ztr.) eine Vergebung von Fondsmitgliedern nur für größere und reichswichtige Zwecke und eine schärfere Kontrolle ihrer Verwendung. Es sei z. B. unverständlich, daß Reichsgelder gegeben worden seien zur Herausgabe eines Buches über Sauertrauterezepte, für sportliche Wettkämpfe der Bayernschaft und ähnliche „bedeutende“ Zwecke. Auch Reichsgelder sollten bei der Bereitung von Wässern auf Reichsgebühren zurückzubehalten sein.

Bei der Erörterung der sozialen Maßnahmen, die das Reichsinnenministerium in seinem Haushalt für 1930 ergriffen hat, verließ der Ausschuss, ein lautes Bild darüber zu erhalten, wie viele Mittel insgesamt den Arbeitgeberverbänden und den ihnen angeschlossenen Gewerkschaften und Unfällen der freien Volkswirtschaften an Reichsmitteln jährlich zufließen. Die Übersicht des Unterstaatssekretärs lasse, so wurde dabei angeführt, keinesfalls den wahren Umfang der Leistungen des Reiches für diese Stellen erkennen. Es habe sich sehr oft gezeigt, daß die Aufsichtspersonen erst durch die Zeitungen oder durch den Untersuchungsrichter erfahren hätten, daß sich die Gesellschaft nicht um die Geschäfte der Aufsichtsräte gekümmert habe. Der Ausschuss kam nach eingehender Erörterung der Veranlassung bei der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfegesellschaften Deutschlands, erhielt, zu der Auffassung, daß der Rechnungsbefehl des Reiches wegen der außerordentlichen Verhältnisse der Verwaltungs- und Geschäftsbetriebe übersehen dieser Kreditgemeinschaft selbständigen Verbrauch öffentlicher

Berufsbildung in Preußen.

Verhandlungen um die Regierungsbildung sind von allen Beteiligten größte Freude. Die Dinge werden erst wieder in der Zukunft kommen, wenn der Reichstag nächsten Woche nach seiner Auflösung den nächsten Reichstag einberufen wird. In dieser wichtigen die wichtigsten festgelegt zum Teil bei den Verhandlungen mit den einzelnen wird. Von nationaler Seite liegt eine Änderung vor, die die Reichstagsabgeordneten Sprengers anwesenheit in Hannover die Regierungsbildung gemacht. In nächster Zeit darauf an, die Gesetze des Reichstages Landtages bezüglich Ministerpräsidenten zu ändern, oder aber zu erzwingen. Herr Sprenger ermahnen einen vollen Sieg der nach Herrn Sprengers Anwesenheit zu rechnen, daß die Nationalversammlung die Änderung der Bestimmungen über die Präsidenten verziehen wollen, um auf Kosten des Ministerpräsidenten zu erhalten.

Bei diesem Versuch wird die Haltung der Kommunistischen Partei von ausschlaggebender Bedeutung werden. Die kommunistischen Parteiführer haben in einer langen Sitzung darüber beraten, wie sie sich bei dem Kampf um die Regierung in Preußen verhalten wollen. Ob und was sie beschließen haben, verraten sie natürlich nicht. Immerhin ist bemerkenswert, daß in kommunistischen Kreisen von gewissen Bedingungen gesprochen wird, die man stellen wolle. Wenn, wird nicht gesagt. Das kann also nur so ausgelegt werden, daß die Kommunisten doch bereit sind, unter gewissen Bedingungen

